



Illustration: 123RF/Sylvia Nowik [M]

IN BEWEGUNG

Aufruf zum Protest gegen NATO nach Kalkar

Berlin. Die Friedensbewegung lässt nicht locker: Eines der Logistikzentren der Bundeswehr weckt auch in diesem Jahr am Tag der Deutschen Einheit ihren Protest gegen die aggressive Strategie der NATO. Für den 3. Oktober rufen regionale Gruppen, die Vertreter mehrerer Parteien sowie die Internationalen Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW) zu einer Demonstration in Kalkar in Nordrhein-Westfalen auf. Neben dem Zentrum Luftoperationen der Bundeswehr befinden sich hier am Niederrhein mehrere Institutionen der NATO. Als Redner tritt in Kalkar neben anderen der Theologe Eugen Drewermann auf. Anschließend wollen sich die Kundgebungsteilnehmer nach Essen begeben, wo vom 4. bis 6. Oktober die Jahreskonferenz des Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) stattfindet, eine Denkfabrik der NATO. *nd*

Am kommenden Wochenende kommen zum Berliner Weltkongress des International Peace Bureaus viele, die in der weltweiten Friedensbewegung etwas zu melden haben. Darunter kluge und mutige Leute. Doch können was können sie ausrichten gegen das Grauen der Kriege?



Flugzeugfriedhof von Tucson in Arizona

Foto: imago/United Archives

Endlich verschrotten

Xanthe Hall und Reiner Braun zur Frage, wie die Welt dem Frieden ein Stück näher kommt



Seit 1982 engagiert sich der Berliner Reiner Braun in der friedenspolitischen Bewegung. Seit 2013 stellt er zusammen mit der ehemaligen norwegischen UNESCO-Mitarbeiterin Ingeborg Breines das Präsidium des International Peace Bureaus (IPB). Am kommenden Wochenende veranstaltet das IPB seinen »Weltkongress« in der Berliner Technischen Universität.

Foto: nd/Burkhard Lange



Xanthe Hall ist seit 1992 die Atomwaffenexpertin der IPPNW Deutschland (Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung). Für ihre Organisation jetzt sie oft nach New York oder Genf. Nächstes Wochenende wird sie in Berlin bleiben, um auf dem IPB-Kongress den Workshop zur Lage der nuklearen Abrüstung zu moderieren. Mit den Friedensaktivisten sprach Kerstin Ewald.

Foto: Privat



Lexikon der Bewegungssprache

Weitere Beiträge aus dieser Serie unter dasND.de/apo

Beinahe wäre das Bundesliga-Spiel zwischen Borussia Dortmund und dem HSV im Mai 1987 abgesagt worden. Unentfernt prangte die Parole »Boycottiert und sabotiert die Volkszählung« auf dem Stadionrasen. Aus Sicht der Obrigkeit handelte es sich dabei um die Aufforderung zu einer Straftat, weshalb das Spiel hätte ausfallen müssen, wenn nicht einer auf eine originelle Idee verfallen wäre: Die Lösung wurde an Anfang und Ende um die Wörter »Der Bundespräsident« und »nicht« ergänzt. Der erste Anlauf zu einer Volkszählung war 1983 vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden. 1987 wurde der zweite Versuch gewagt, der jedoch abermals auf wütenden Widerstand stieß. Ängste vor dem »Gläsernen Bürger« und dem Überwachungsstaat bargen ein breites Mobilisierungspotenzial. Die Gegenseite wiegelte derartige Einwände als Horrorgeschichte ab, die Behörden reagierten martialisch: Der Aufruf zum Ungültigmachen der Erhebungsbögen wurde als Sachbeschädigung verfolgt, über 100 Hausdurchsuchungen und die Speicherung der persönlichen Daten von tausenden Volkszählungsgegnern folgten. Die Repression ging aber nach hinten los: Sie schwächte nicht die Bewegung, sondern bestätigte die Befürchtungen. Die »taz« zählte 1100 Bürgerinitiativen gegen die Volkszählung, die Boykottkampagne meldete am Ende 1,1 Millionen unausgefüllte Erhebungsbögen. Die Bundesregierung traute sich dann über 20 Jahre lang nicht mehr, eine Volkszählung anzusetzen, und der Zensus 2011 fand wohlweislich nur mit Stichprobenbefragungen statt. *mavo*

Das IPB gibt es schon seit 1891 – und seitdem unzählige Kriege, die nicht verhindern werden konnten. Warum halten Sie immer noch fest an dieser Organisationsform? Im 19. Jahrhundert in Auseinandersetzung mit dem Krimkrieg und der Gründung des Roten Kreuzes hat sich eine Friedensbewegung etabliert, die sich bis heute mit Krieg und Frieden beschäftigt. Wir waren nicht so erfolgreich, um Kriege verhindern zu können. Oft haben wir jedoch dazu beigetragen, Kriege zu verkürzen. Erinnert sei zum Beispiel an den Vietnamkrieg, an den Irakkrieg oder die Verhinderung eines direkten militärischen Engagements der NATO in Syrien.

Anfangs gab sich das IPB Prinzipien, die das Recht auf nationale Selbstbestimmung ins Zentrum stellten. Wirtschaftliche und soziale Fragen kamen nicht vor. Greift Ihr Ansatz nicht zu kurz? Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Friedensbewegung zweigeteilt in eine Bewegung der Arbeitertradition und in eine bürgerlich-pazifistische, der auch das IPB zuzurechnen war. Hier wurde stark für eine Verrechtlichung von Friedensprozessen und eine Kultur der internationalen Verhandlungen zum Zweck staatlicher Übereinkünfte gestritten. Anfangs hatte nur die antimilitaristische Bewegung der Arbeiterbewegung die soziale Frage gestellt. Viel später sind sich aber die beiden Traditionen nähergekommen. Ein Brückenbauer war Albert Einstein. Auf dem kommenden Kongress spielt die Tradition der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle.

Welche Rolle spielt sie denn?

Uns ist es für diesen Kongress zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder gelungen, den Weltgewerkschaftsbund als Mitveranstalter unseres Kongresses zu gewinnen. Ebenso United Network International, sozusagen die Weltzentrale von ver.di

und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Ich denke, in der Praxis gibt es heute keine Aufteilung in eine bürgerlich-pazifistische und eine Friedensbewegung der Arbeiterbewegung mehr.

Abrüstung und Reduzierung des weltweiten Militärbudgets sind ja die größten Ziele des IPB. Beschäftigt sich das IPB auch mit Konzepten, die an der Basis von Gesellschaften ansetzen?

Für Bertha von Suttner, Mitbegründerin des IPB, war die zivile Konfliktbearbeitung immer wichtig. Die Frage, wie Konflikte ohne Einsatz von Militär und mit Einbeziehen der Zivilgesellschaften gelöst werden können, wird auf dem kommenden Kongress eine große Rolle spielen. Im Panel »Peace Process« werden wir positive Friedensprozesse wie den kolumbianischen aufarbeiten. Demgegenüber werden wir uns auch mit Negativbeispielen wie dem Israel-Palästina Konflikt beschäftigen. Ein eigenes Panel beschäftigt sich mit Friedens- und Konfliktengagement in Syrien. Es wird einen Workshop von Frauen geben, die dort im Rahmen der UN zivile Konfliktbearbeitung leisten. Auch wenn es bisher noch nicht gelungen ist, diesen Konflikt als ganzes einzudämmen, ist das mutige Engagement dieser Frauen gar nicht hoch genug zu schätzen.

Das IPB und der Weltkongress

Das International Peace Bureau (IPB) – mit Sitz in Genf – ist das älteste globale Friedensnetzwerk mit heute 368 Mitgliedsorganisationen aus allen Kontinenten. Vom 30. September bis zum 3. Oktober wird der Weltfriedenskongress des IPB an der Berliner Technischen Universität stattfinden. Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen. Informiert und diskutiert wird über Strategien der Friedensbewegung, über aktuelle Kampagnen und Beispiele ziviler Konfliktbearbeitung. Gefolgt wird der Kongress von der Generalversammlung des IPB am Dienstag. Hier entscheiden die Mitgliedsgruppen den globalen Rahmenaktionsplan für die nächsten drei Jahre. Abrüstung und Senkung der Rüstungsaufgaben gelten den Organisationen als Schlüssel zur globalen Friedenssicherung. *nd*

Mit welchen Mitteln kämpfen Sie für Frieden?

Die IPPNW haben eine Kampagne namens »International Campaign to Abolish Nuclear Weapons« (ICAN) ins Leben gerufen. Inzwischen beteiligen sich daran 450 andere Partnerorganisationen aus verschiedenen Teilen der Welt. Mit dieser Kampagne wollen wir ein Verbot von Atomwaffen auf dem ganzen Globus durchsetzen.

Das klingt utopisch ...

Nun, die Länder der gesamten südlichen Hemisphäre haben bereits Atomwaffen verboten! Diese Länder besitzen ja selbst keine Nuklearwaffen und es steht nicht in ihrer Gewalt, diese Waffen zu verschrotten. Letzten Endes muss ja die Eliminierung unser Ziel sein, denn nur sie garantiert ausreichend Sicherheit vor einem Atomkrieg. Die atomwaffenfreien Staaten, die sich an Verbotverfahren beteiligen, können aber enorm zur Stigmatisierung dieser Waffengattung beitragen.

Wie geht es weiter? Welche Schritte stehen bevor?

Wir sind gerade in einer heißen Phase. Vor einigen Tagen hat Österreich sich bereit erklärt, bei der UNO einen Antrag einzubringen. Dieser ruft die Delegierten der UNO-Vollversammlung dazu auf, für 2017 eine sogenannte Verhand-

lungskonferenz einzuberufen. Deutschland hat sich bisher leider gegen ein Atomwaffenverbot gewandt. Im August gab es eine Vorabstimmung zu diesem Thema bei der Open-Ended Working Group der UNO (»Ergebnisoffene Arbeitsgruppe«). Dabei hat der deutsche Delegierte ein Verbot abgelehnt. Wir haben also die Befürchtung, dass Deutschland den Prozess weiter blockieren wird. So sehen wir es momentan als unsere Hauptaufgabe an, die deutsche Regierung dazu bringen, sich bei der Frage um die Verhandlungskonferenz wenigstens zu enthalten.

Wie wollen sie die deutsche Regierung denn umstimmen?

Wir gehen in die Öffentlichkeit. Beispielsweise haben wir am Montag zusammen mit acht Organisationen, darunter die Bundesärztekammer und die deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, einen Appell an die Bundesregierung für das Atomwaffenverbot gestartet.

Wie reagieren die Atommächte und ihre Verbündeten auf die Vorstöße bei der UNO?

Die Atomwaffenstaaten spüren den Druck bereits stark. Wir vermuten: Den geben sie an atomwaffenfreie Staaten weiter, indem sie zum Beispiel drohen, Entwicklungshilfe zu kürzen.

Was erhoffen Sie sich vom IPB-Kongress in Berlin?

Wir informieren die Teilnehmenden über unsere Arbeit und hoffen, dass viele uns bei unseren Aktivitäten unterstützen werden. Es wird dort auch einen Workshop geben, wo sich alle praktische Tipps abholen können. Wir werden zum Beispiel erklären, wie Leute Druck auf ihre Hausbanken ausüben können, damit diese aus Waffengeschäften auszusteigen. »Don't bank on bomb« oder »Atomwaffen – ein Bombengeschäft« heißt diese Kampagne.

Spionierende Alltagsdinge

Eine Konferenz in Köln behandelt die Macht der Internetkonzerne und die Möglichkeiten ihr zu widerstehen.

Von Ralf Hutter

Antonio García ist wohl der erste ehemalige Facebook-Angestellte, der sich traut, Interneta des Unternehmens zu verraten. Sein Buch »Chaos Monkeys« erschien Anfang des Sommers auf englisch. Im Interview mit »Zeit Online« sagte García neulich Sätze wie: »Die Techunternehmen leben davon, einen abzuhören«, und: »Ich glaube, dass die EU langfristig gegen Facebook kapitulieren muss«.

In der »FAZ« sieht der bekannte Internet- und IT-Experte Evgeny Morozov die Macht von Regierungen schwinden, wenn Google, Facebook und Co. ihre künstliche Intelligenz erst mal mit ausreichend Personendaten gefüttert haben werden. Identitäts-, Kommunikations- und andere Verhaltensdaten erhalten die Konzerne (fast) gratis von Nutzern, immer dann, wenn sie die ständig wachsende Zahl der digitalen Dienstleistungen nutzen.

Doch das »Leben ist kein Algorithmus«, halten dem die Mitglieder einer nicht näher benannten Gruppe entgegen, die unter diesem Titel von Freitag bis Sonntag in Köln eine Konferenz durchführen. Doch was tun? »Das Netz »ein bisschen sicherer« machen? Oder sind wir in der Lage Alternativen

»Ich glaube, dass die EU langfristig gegen Facebook kapitulieren muss.«

Antonio García, Ex-Facebookmitarbeiter

zu erdenken, Techniken zu »hacken« und sie gegen die beklemmende Totalität des Zugriffs auf unser Leben in Stellung zu bringen?«, fragt sich das Vorbereitungsteam der Konferenz. Seiner Einschätzung nach ist das gesellschaftliche Bewusstsein für den tiefgreifenden Wandel, den die wachsende Digitalisierung mit sich bringt, völlig unzureichend. Dabei sind die Absichten der Konzerne nicht geheim.

So sagte der frühere Googlegeschäftsführer Eric Schmidt schon 2010 in einem Interview: »Ich glaube, dass die meisten Menschen eigentlich nicht wollen, dass Google ihnen ihre Fragen beantwortet. Sie wollen, dass Google ihnen sagt, was sie als nächstes tun sollen.« Er wies wiederholt darauf hin, dass seine Firma wisse, wo wir uns aufhielten, was uns gefiele und, dass sich das gut aus-schlachten ließe.

Seitdem hat Google sich sogar noch viel mehr Quellen zugelegt. Tochterunternehmen entwickeln autonom fahrende Autos, Thermostate oder Uhren. Als Alltags-spione in der total vernetzten Welt haben die Geräte das Ziel, dem Konzern ein umfassendes Bild von unserem Leben und von unserer Persönlichkeit zu verschaffen.

Das Themenspektrum der Konferenz ist breit, behandelt wird beispielsweise auch der Einfluss der Computerisierung auf die Arbeitswelt und der zerstörerische Abbau der Rohstoffe, die für die weltweit zunehmende Elektronik gebraucht werden. Um staatliche Überwachung und Repression wird es auf dem Kongress selbstverständlich auch gehen. Eine umfassende Textsammlung zu all diesen Themen hat die Veranstaltungsgruppe schon online gestellt.

Die Konferenz ist bereits ausgebucht. Einige der Themen können jedoch bei einer Vortragsreise vertieft werden, die drei der ausländischen Gäste rund um den Kongress unternehmen.

Kongress: 30.9. bis -2.10.2016 Köln, Alte Feuerwache Vortragsreise: 29.9.: Frankfurt am Main, 5.10.: Berlin, 6.10.: Hamburg. www.bigdata.blackblogs.org